



www.laender-analysen.de/ukraine

ARMUT IWF-KREDIT

■ ANALYSE	
Armut in Rezession und Aufschwung	2
Von Alexander M. Danzer, London/Regensburg und Natalia Weisshaar, London	
■ GRAFIKEN ZUM TEXT	
Statistiken zur Armut in der Ukraine	5
<hr/>	
■ DOKUMENTATION	
IWF-Kredit	8
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 23. Juni bis zum 14. September 2010	9



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Armut in Rezession und Aufschwung

Von Alexander M. Danzer, London/Regensburg und Natalia Weisshaar, London

Zusammenfassung

Die Ukraine ist nicht nur eines der größten und bevölkerungsreichsten europäischen Länder, sondern auch eines der ärmsten. In diesem Beitrag wird die Entwicklung von Ausmaß und Struktur der Armut in der Ukraine während des Transformationsprozesses dargelegt. Im Vergleich zur Mitte der 1990er Jahre hat sich die Situation generell verbessert. Das Ausmaß der extremen Armut ist gesunken. Der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft hat jedoch auch zu einer ökonomischen Stratifizierung der Gesellschaft geführt und spezifische Verlierergruppen und -regionen geschaffen, die nicht oder nur geringfügig von dem Anstieg des allgemeinen Lebensstandards profitieren konnten.

Einleitung

Die Ukraine ist nicht nur eines der größten und bevölkerungsreichsten europäischen Länder, sondern auch eines der ärmsten. Im Jahr 2008 betrug das Bruttonationaleinkommen pro Kopf in der Ukraine 7.210 Dollar (internationale Dollar in Kaufkraftparität) – abgesehen von der Republik Moldau und Georgien ist dies der niedrigste europäische Wert.

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer Forschungsarbeit vorgestellt, die sich den Vergleich der Armut in der Ukraine zu zwei strukturell unterschiedlichen Zeitpunkten – während der dramatischen Rezession in den 1990er Jahren und einer wirtschaftlichen Erholungsphase – zum Ziel setzt. Mitte der 1990er Jahre befand sich die Ukraine in der schwersten Rezession ihrer Geschichte. Bis zum Erreichen der Talsohle im Jahre 1999 hatte die Ukraine 60 % ihrer Wirtschaftsleistung im Vergleich zu 1989 verloren, was sich auch in der Beschäftigtenquote und den Reallöhnen widerspiegelt (s. Grafik 1 auf S. 5). In den Folgejahren war das Land durch stabiles Wachstum von durchschnittlich 8 % pro Jahr gekennzeichnet (in konstanten US-Dollar [Jahr 2000] für den Zeitraum 2000–2007).

Eine Armutsanalyse zu zwei derart unterschiedlichen Zeitpunkten wird erst durch die gute Vergleichbarkeit von zwei unabhängigen national repräsentativen Haushaltsdatensätzen ermöglicht, die in der Ukraine vom Kiev International Institute of Sociology in den Jahren 1996 (Ukraina-96) und 2004 (Ukrainian Longitudinal Monitoring Survey) erhoben wurden.

Armut ist ein vieldimensionales Phänomen und die Beschäftigung damit beinhaltet sowohl die Frage, was man unter Armut versteht (wie man sie definiert) als auch wie man sie messen kann. Dieser Beitrag beschäftigt sich mit den Determinanten der Konsum- und Einkommensarmut auf der Haushaltsebene. Ersteres beschreibt den Fall, in dem alle Haushaltsmitglieder gemeinsam weniger Nahrung, Güter und Dienstleistungen konsumieren, als ein notwendiger minimaler

Warenkorb verlangen würde. Zweiteres misst, ob Haushalte ein ausreichendes Einkommen generieren, um diesen als minimal angesehenen Nahrungs-, Güter- und Dienstleistungskorb zu erwerben. Die Messung von Armut anhand dieser absoluten – im Gegensatz zu einer relativen – Definition ist insbesondere dann sinnvoll, wenn die Veränderung der Armut über den Zeitverlauf untersucht und die Änderung von deren Determinanten verfolgt werden soll.

Wie misst man Armut?

Zunächst muss geklärt werden, auf welcher Ebene Armut gemessen werden soll. Die beste Analyseeinheit stellen Haushalte dar. Sie werden als eine Gruppe von Personen definiert, die für gewöhnlich ihre ökonomischen Ressourcen bündeln und Ausgaben gemeinsam tätigen, z. B. durch Nutzung von gemeinsamem Wohnraum und gemeinsame Mahlzeiten. Auch sinken die pro-Kopf-Konsumausgaben für viele Güter mit steigender Haushaltgröße (durch Realisierung sogenannter Skalenerträge), was bei einer individuellen Betrachtung unberücksichtigt bliebe.

Armut kann anhand von Einkommens- oder Konsumindikatoren gemessen werden. Während das Haushaltseinkommen in entwickelten Volkswirtschaften ein gutes Maß für die aktuelle Kaufkraft darstellt, ist seine Messung in den Transformationsländern häufig inkurat (z. B. durch Beschäftigung im informellen Sektor, Bestechungsgelder oder die Diskrepanz von offiziellen und inoffiziellen Lohnzahlungen des Arbeitgebers). Der tatsächliche Haushaltskonsum ergibt ein besseres Bild des realisierten Lebensstandards. Wie in zahlreichen Ländern Osteuropas, stellen auch in der Ukraine kleinflächige Formen von Subsistenzwirtschaft (Gartenbau oder landwirtschaftliche Produktion auf Datschas) eine wichtige Konsumquelle dar, die beispielsweise nicht in das gewöhnliche Haushaltseinkommen einkalkuliert wird. Jedoch ist auch die Messung des tatsächlichen Haushaltskonsums nicht problemlos, da sie sehr genaue Berechnungen über Aus-

gaben und Konsum von kurz-, mittel- und langfristigen Gütern und Dienstleistungen erfordert. Aus diesen Gründen werden im Folgenden beide »Wohlstandsmaße« betrachtet und verglichen.

Stehen einem Haushalt nur ungenügend Ressourcen zur Verfügung, droht er in Armut zu geraten, in anderen Worten: unter eine definierte Armutsgrenze zu fallen. Die Festlegung solcher Armutsgrenzen, unterhalb welcher ein Haushalt als »arm« gilt, kann anhand unterschiedlicher Methoden erfolgen und auf verschiedenen Annahmen basieren. In vielen ländervergleichenden Studien werden einfache, teils arbiträre Grenzwerte verwendet (die Weltbank misst Armut beispielsweise anhand der Ein- oder Zwei-Dollar-Grenze), welche zwar einerseits die Berechnung vereinfachen, andererseits jedoch die spezifischen gesellschaftlichen Umstände und Institutionen eines Landes außer Betracht lassen (beispielsweise, inwieweit Bildungs- und Gesundheitsausgaben von den Haushalten selbst getragen werden müssen). Der im Folgenden angewandte, verfeinerte Ansatz berechnet hingegen mithilfe von geschlechts- und altersspezifischen Ernährungsgrenzwerten, wie hoch der minimale Kalorienbedarf jedes einzelnen Haushalts ist. Dieser haushaltsspezifische, minimale Kalorienbedarf wird unter Berücksichtigung des Konsumkorbes und der lokalen Lebensmittelpreise in einen finanziellen Gegenwert umgerechnet, welcher die sogenannte *extreme Armutsgrenze* (zur Mangelernährung) für den Haushalt darstellt. Eine etwas weniger strenge Definition der *Armutsgrenze* beinhaltet neben Nahrung auch grundlegende Ausgaben für Güter (z. B. Haushaltswaren, Kleidung, Hygieneartikel) und Dienstleistungen (z. B. Fahrkarten für den Öffentlichen Verkehr). Auf diese Weise trägt unsere Messung den veränderten Konsumbedürfnissen und -möglichkeiten einer Gesellschaft im Verlauf des strukturellen Übergangs von der Plan- zur Marktwirtschaft Rechnung.

Armut 1996 und 2004

Wie sich bereits anhand der makroökonomischen Kennziffern vermuten lässt, ist das Ausmaß der Armut in der Ukraine zwischen 1996 und 2004 gesunken. Allerdings legt eine detailliertere Betrachtung der Armutsraten ein komplexeres Bild frei. Wie aus Grafik 2 auf S. 6 ersichtlich wird, ist die Konsumarmut generell weniger verbreitet als die Einkommensarmut. Dies hat vorwiegend mit der weitverbreiteten kleinteiligen Subsistenzwirtschaft ukrainischer Haushalte zu tun (d. h. dem landwirtschaftlichen Anbau von Kartoffeln, Kohl, Gurken, Tomaten etc.), die im ländlichen Bereich mitunter sogar die Hauptkonsumquelle darstellen kann. Ein Vergleich von Armutsraten nach den beiden Grenzwerten über den Zeitverlauf offenbart darüber hinaus, dass

lediglich die extreme Konsumarmut gesunken ist, nicht jedoch die umfassendere Konsumarmut. Im Gegensatz hierzu ist die Einkommensarmut nach beiden Definitionen über die Zeit zurückgegangen. Diese Beobachtungen deuten auf zwei interessante Phänomene hin: Zum einen hat sich der Arbeitsmarkt nach 1999 positiv entwickelt und ermöglicht nun deutlich mehr Ukrainern, ein grundlegendes Erwerbseinkommen zu erzielen. Diese Einkommensgewinne führen jedoch nicht automatisch zu einem höheren Lebensstandard, da auch die Armutsgrenze deutlich angestiegen ist (dies ergibt sich insbesondere durch neue Elemente im Minimalwarenkorb, da immer weniger Leistungen kostenlos vom Staat zur Verfügung gestellt werden und stattdessen zunehmend über den Markt bezogen werden müssen). Zum anderen scheint es zahlreichen ukrainischen Haushalten auch während der schweren Transformationskrise trotz regelmäßiger Einkommensausfälle (durch Werksstilllegungen, betriebsbedingte Zwangsbeurlaubungen, Kurzarbeit oder Lohnzahlungsrückstände) gelungen zu sein, einen wesentlichen Teil ihres alltäglichen Konsums von den Lohnschwankungen abzuschirmen. Hierbei fällt der bereits erwähnten traditionellen landwirtschaftlichen Nutzung der Datschen eine wesentliche Rolle zu.

Determinanten der Armut im Wandel

In der Ukraine sind verschiedene Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich von Armut betroffen. In den Jahren zwischen den beiden Befragungen lässt sich eine zunehmende sozio-ökonomische Stratifizierung der Gesellschaft beobachten. Dies bedeutet, dass Haushalte mit bestimmter Zusammensetzung ein höheres Armutsrisiko aufweisen als andere Haushalte. So sind insbesondere Familien mit mehreren Kindern in wachsendem Maße von Armut betroffen, während sich Rentnerhaushalte in einer ökonomisch vorteilhafteren Situation befinden (s. Grafik 3 auf S. 6). Dies ist eine für viele Transformationsländer typische Beobachtung, die mit verhältnismäßig stabilen Renteneinkommen und -sozialleistungen sowie der verbreiteten Subsistenzwirtschaft speziell bei der älteren Bevölkerung zusammenhängt. Auch die Bedeutung des Zugangs zu landwirtschaftlich nutzbarem Land hat sich im Zeitverlauf gewandelt. Mitte der 1990er Jahre senkte die Möglichkeit zu Subsistenzwirtschaft das Armutsrisiko von Haushalten noch erheblich. Dieser positive Einfluss von Agrarland war nicht nur auf ländliche Gebiete beschränkt. Im Gegenteil, die weite Verbreitung von Datschen unter Stadtwohnern ermöglichte insbesondere diesen einen Zugang zu selbst erzeugten Lebensmitteln (zum Eigenverzehr oder zum Verkauf) als die Regale in vielen Geschäften leer standen. Bis zum Jahr 2004 hat sich der negative Zusammenhang zwischen Landverfügbarkeit und

Armut aufgrund der Verfügbarkeit von Einkommen und einer modernisierten Lebensmittelversorgung deutlich abgeschwächt.

Wandel auf dem Arbeitsmarkt

Bildungsrenditen – d. h. die zusätzlichen Einkommenserträge, welche mit einem weiteren Jahr an (Aus-)Bildung assoziiert sind – haben im Zeitverlauf zugenommen. Parallel zu dieser Entwicklung verliert jedoch die sowjetische Arbeitserfahrung stetig an Wert und wird geringer vergütet. Dies impliziert, dass ältere Beschäftigte bei der Erwirtschaftung ihres Einkommens zunehmend Abschläge in Kauf nehmen müssen, was aus einer einfachen Betrachtung des Arbeitsmarktes leicht verständlich erscheint: Während die ukrainische Wirtschaft in der Sowjetunion einen besonderen Schwerpunkt auf Kohle, Schwerindustrie und industrielle Agrarwirtschaft legte, sind in den 1990er Jahren große Teile der industriellen Großanlagen und Kolchosen wegen Überschuldung, Veralterung und Nachfrage-mangel zugrunde gegangen. Der Aufbau einer moderneren Volkswirtschaft erfordert einen Strukturwandel, der sich auch in modernen Qualifikationserfordernissen an die Arbeitnehmer widerspiegelt. In diesem Strukturwandel sind Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, die vielfältiger einsatzfähig sind, besonders nachgefragt, was zu einem Anstieg der Bildungsrendite von 1996 bis 2004 um 15 bis 32 % führte. Mit anderen Worten: Ein zusätzliches Jahr an durchschnittlicher Bildung beschert einem Haushalt im Jahre 2004 einen um beinahe 5 % höheren Konsum, während der Vergleichswert für 1996 noch bei 3,7 % lag.

Veränderte Geographie der Armut

Auch die geographische Verteilung der Armut in der Ukraine hat sich im Verlauf des Transformationsprozesses erheblich verändert. Die eindeutigen Gewinner sind Bewohner größerer Städte (über 100.000 Einwohner), wo eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur sowie größere Investitionen eine raschere ökonomische Erholung ermöglichten. Während Haushalte im Westen der Ukraine über die Zeit deutlich verloren haben, hat der russischsprachige Osten des Landes von einem spürbaren Auf- und Überholprozess profitiert (s. Grafik 4 auf S. 7). Die wachsende wirtschaftliche Kluft zwischen diesen Regionen könnte auch für den Ausbruch der Orangen Revolution Ende 2004 mitverantwortlich gewesen sein.

Beschäftigungsspezifische Armutsfaktoren

Eine weitere Besonderheit unserer Analyse stellt die Betrachtung beschäftigungsspezifischer Armutsrisiken

dar: Die vergleichbaren Haushaltsbefragungen von 1996 und 2004 ermöglichen es, die Auswirkungen von vier unterschiedlichen Arbeitsmarktphänomenen auf das Armutsrisiko zu untersuchen, die für viele Transformationsländer in den Umbruchjahren charakteristisch waren. Neben klassischer Arbeitslosigkeit (die genauso wie in den OECD-Staaten anhand der ILO-Definition mit gegenwärtiger Arbeitssuche und Verfügbarkeit zur Arbeitsaufnahme gemessen wird), beobachten wir ausgebliebene Lohnzahlungen (Lohnzahlungsrückstände des Arbeitgebers), betriebsbedingte, teils unentlohnte Zwangsbeurlaubungen und die Vergütung von Arbeitslöhnen in Form von Gütern und Sachleistungen anstelle von Geld. Die letzten drei Arbeitsmarktphänomene waren im Jahre 1996 deutlich verbreiteter und stärker ausgeprägt als im Jahr 2004 und traten generell häufiger in ländlichen und kleinstädtischen Gebieten auf (s. Grafik 5 auf S. 7). Vor diesem Hintergrund überrascht es wenig, dass in der Rezessionsphase um das Jahr 1996 jene Haushalte ein höheres Armutsrisiko hatten, welche von Lohnzahlungsrückständen und Zwangsbeurlaubungen betroffen waren. Mit fortschreitendem Transformationsprozess und einhergehendem wirtschaftlichen Aufschwung entwickelte sich hingegen der Verlust des Arbeitsplatzes, d. h. Arbeitslosigkeit, zum größten Armutsrisikofaktor der Haushalte. Diese Bedeutungsverlagerung der einzelnen Arbeitsmarktrisiken veranschaulicht, wie sich die Funktionsweise des ukrainischen Arbeitsmarktes schrittweise derjenigen in westeuropäischen, etablierten Volkswirtschaften annähert.

Anforderungen an den Staat

Zusammenfassend lassen sich folgende Politikimplikationen zur Armutsbekämpfung aus den Ergebnissen der Studie ableiten: Die Rolle des Staates wandelt sich vom allumfassenden Versorger von Arbeits- und Sozialleistungen hin zum Versicherer von Marktrisiken. Insbesondere Risiken, die das Erwerbseinkommen betreffen, erfordern ein modernes und nachhaltiges Sozialversicherungssystem zur Überbrückung von Einkommensausfällen. Zur Überwindung der strukturellen Arbeitslosigkeit fällt geeigneten Politikmaßnahmen im Bildungsbereich (z. B. Umschulungen) eine besondere Rolle zu. Gleichzeitig muss der Staat sein Augenmerk auf Armutsrisikogruppen richten, die nicht aus eigener Kraft am Aufschwung teilhaben können (Kinder). Ein Fokus auf Familien mit mehreren Kindern gewinnt vor dem Hintergrund der niedrigen nationalen Geburtenrate zusätzlich an Bedeutung.

(Weitere Informationen zum Artikel und über die Autoren finden Sie auf der nächsten Seite.)

Dieser Beitrag basiert auf dem Artikel »Poverty during transition: Household survey evidence from Ukraine«, der im *Journal of Comparative Economics* 2010 (Jg. 38, Nr. 2, S. 123–145) erschienen ist. Die Aussagen stellen die Meinung der Autoren dar. Die Verfasser des Originalaufsatzes sind Tilman Brück, Alexander M. Danzer, Alexander Muravyev und Natalia Weisshaar.

Über die Autoren

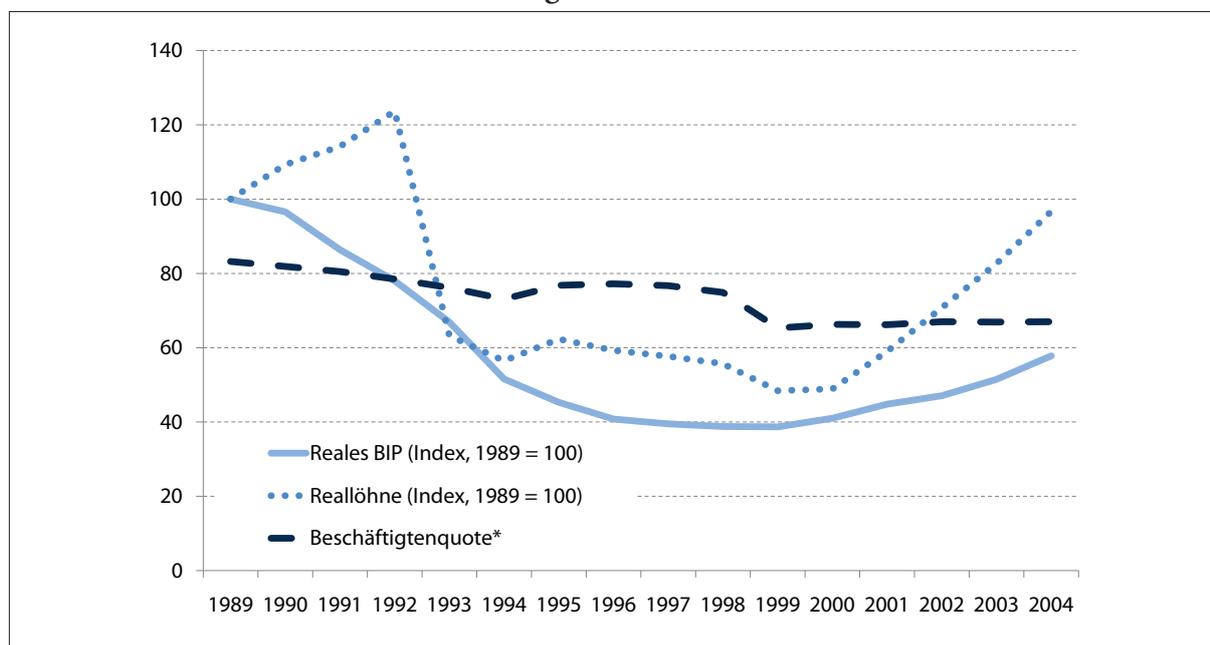
Alexander M. Danzer ist am Royal Holloway College, University of London, und am Osteuropa-Institut Regensburg in Forschung und Lehre tätig. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich Migration, Arbeitsmärkte und Armut, vorwiegend in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion.

Natalia Weisshaar unterrichtet am Royal Holloway College, University of London, und arbeitet freiberuflich für die European Bank for Reconstruction and Development in London (EBRD). Ihre Forschung konzentriert sich auf den strukturellen Wandel von Arbeitsmärkten, auf subjektive Lebens- und Arbeitszufriedenheit sowie Armut.

GRAFIKEN ZUM TEXT

Statistiken zur Armut in der Ukraine

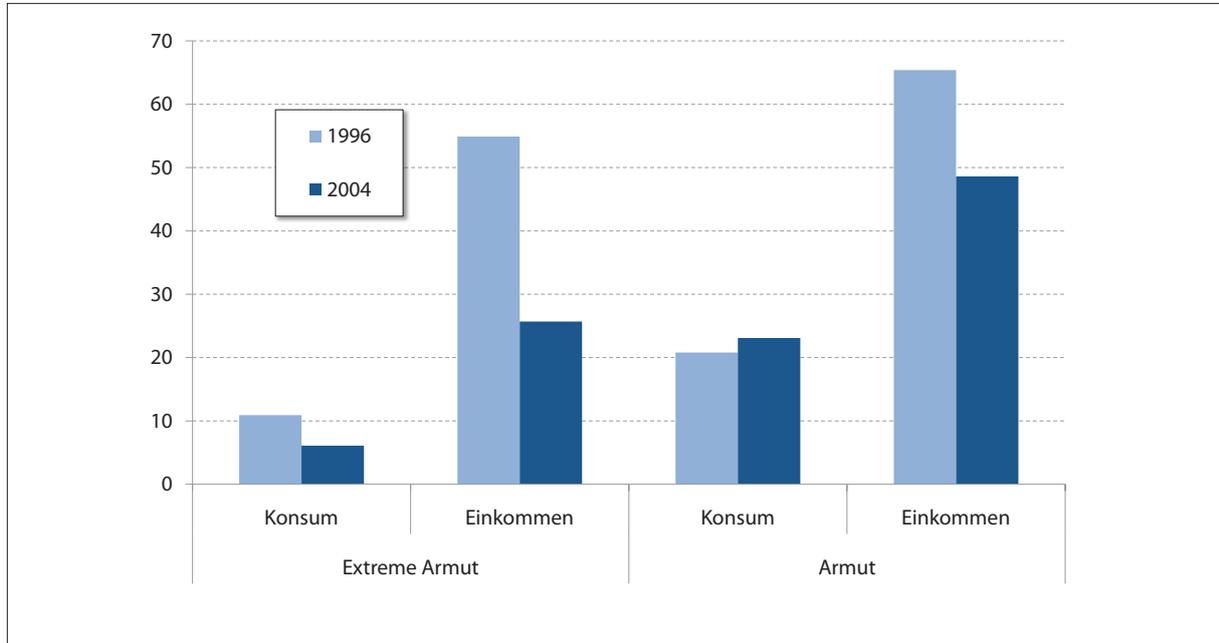
Grafik 1: Makroökonomische Entwicklung der Ukraine 1989–2004



* Anzahl der Beschäftigten in % der Bevölkerung zwischen 15–59 Jahren

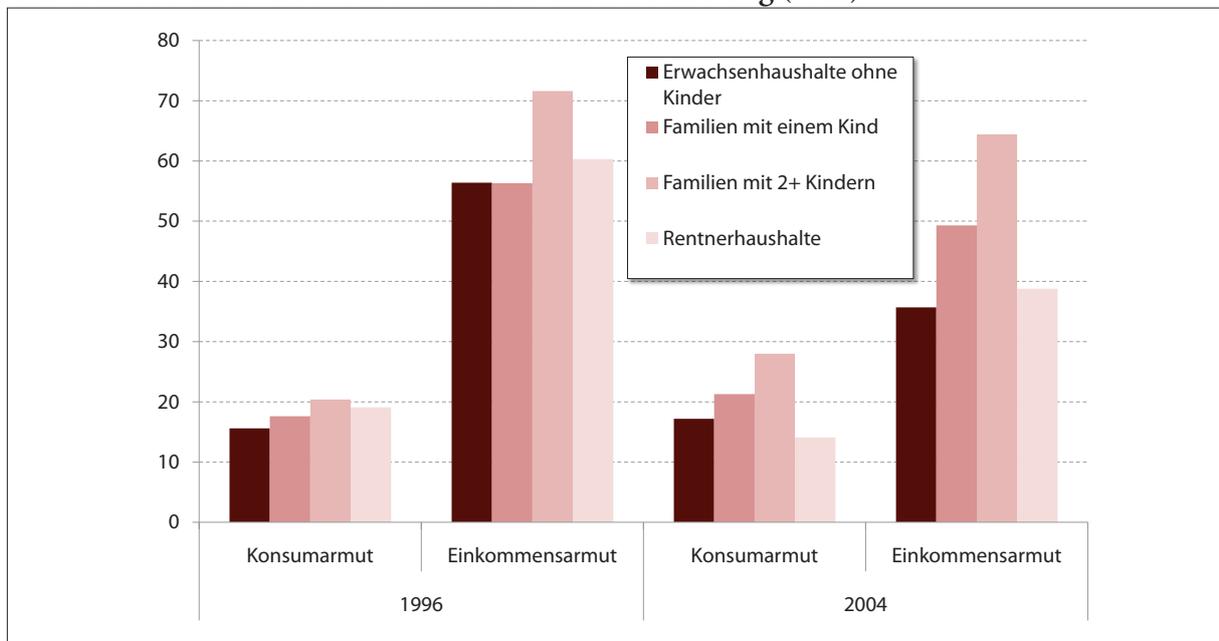
Quelle: TransMONEE Datensatz.

Grafik 2: Armutsraten anhand verschiedener Wohlstandsmaße (Haushaltseinkommen und -konsum) in den Vergleichsjahren (in %)

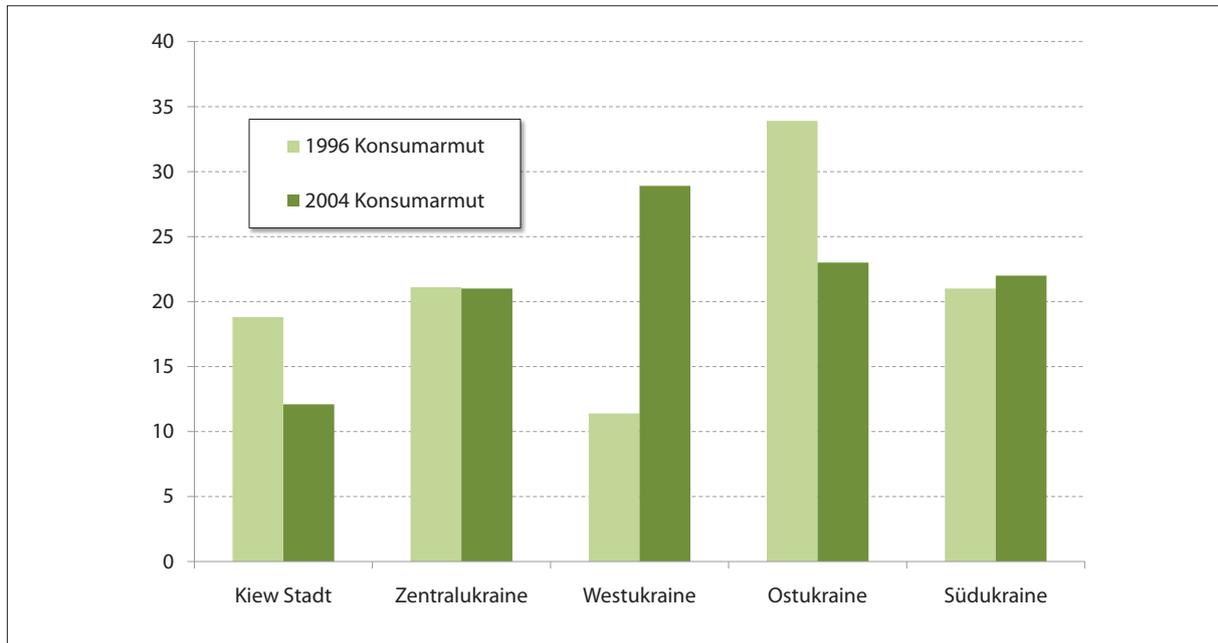


Quelle: Kiev International Institute of Sociology: Ukraina-96 und Ukrainian Longitudinal Monitoring Survey. Haushalte wurden mit der Haushaltsgröße gewichtet.

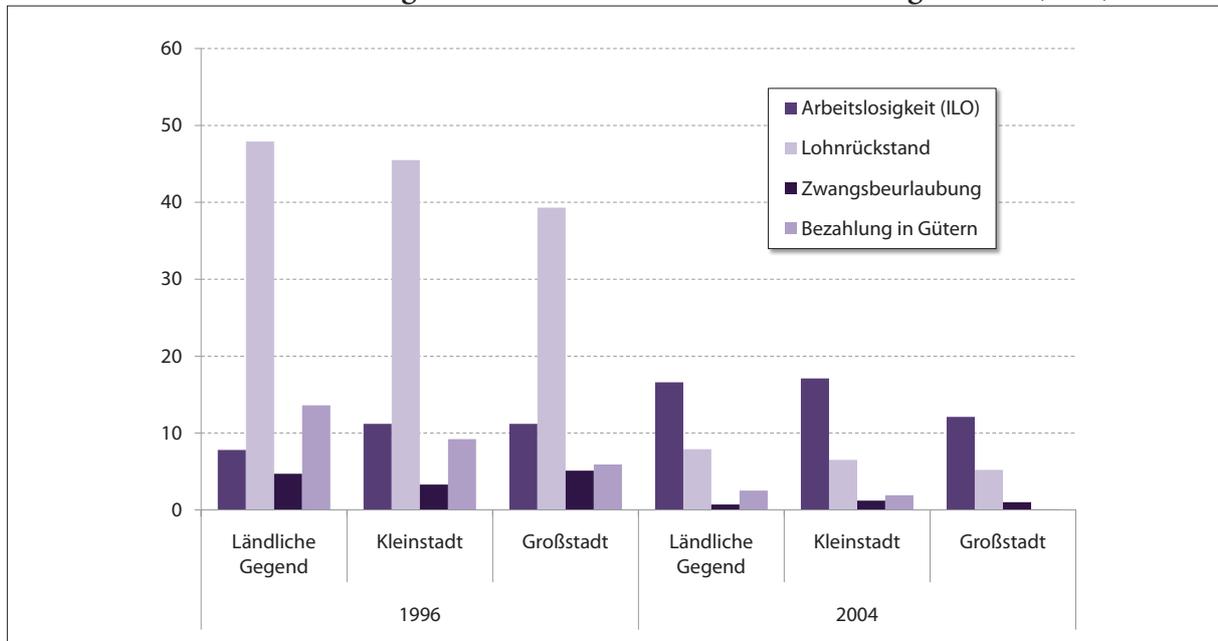
Grafik 3: Armutsinzidenz nach Haushaltszusammensetzung (in %)



Quelle: Kiev International Institute of Sociology: Ukraina-96 und Ukrainian Longitudinal Monitoring Survey. Haushalte wurden mit der Haushaltsgröße gewichtet.

Grafik 4: Konsumarmut in den ukrainischen Regionen (in %)

Quelle: Kiev International Institute of Sociology: Ukraina-96 und Ukrainian Longitudinal Monitoring Survey. Haushalte wurden mit der Haushaltsgröße gewichtet.

Grafik 5: Transformationsbezogene Arbeitsmarktschocks nach Siedlungsklassen (in %)

Quelle: Kiev International Institute of Sociology: Ukraina-96 und Ukrainian Longitudinal Monitoring Survey.

IWF-Kredit

Am 6.11.2008 einigte sich die Ukraine mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) auf einen Stand-By-Kredit in Höhe von 16,4 Mrd. US-Dollar, der der Ukraine helfen sollte, die Folgen der internationalen Finanzkrise zu überwinden. Der Kredit war mit Auflagen verbunden, denen die Ukraine mit einer Absichtserklärung vom 31.10.2008 zugestimmt hatte, woraufhin die erste Rate des Kredites ausgezahlt wurde. Von dem genehmigten Kredit wurden bis November 2009 fast 11 Mrd. US-Dollar an die Ukraine gezahlt. Dann wurde der Kredit eingefroren, weil die Ukraine eine Erhöhung der Mindestlöhne beschlossen hatte, die auch zu einer Steigerung der staatlichen Sozialleistungen führen musste und damit die Begrenzung des staatlichen Haushaltsdefizits erschwerte. Die Erhöhung wurde vom Parlament gegen die Stimmen der damaligen Regierungspartei Block Timoschenko beschlossen und anschließend von Präsident Viktor Juschtschenko entgegen der Aufforderung des IWF unterzeichnet.

Nach monatelangen Verhandlungen kam es am 28.7.2010 zu einer neuen Vereinbarung: Der IWF gewährt der Ukraine einen Kredit in Höhe von 15,2 Mrd. US-Dollar mit einer Laufzeit von zweieinhalb Jahren. Die erste Tranche in Höhe von 1,9 Mrd. US-Dollar wird sofort ausbezahlt, weitere Zahlungen hängen von vierteljährlichen Überprüfungen durch den IWF ab.

Hier folgen eine kurze Zusammenfassung des neuen Kreditprogramms und eine Einschätzung durch den IWF-Vizedirektor John Lipsky.

Program Summary

Key objectives of the authorities' program are to consolidate public finances, restore banking system soundness, and develop a more robust monetary policy framework. To help achieve this, the government will implement reforms and institutional changes, including tax and expenditure policies, pension and energy sector reforms, and measures to strengthen central bank independence and rehabilitate the banking system. Strict adherence to these policies will help deepen market access, facilitating exit from Fund financial support.

The economic reform program aims to support the authorities' agenda in four key areas:

- Restore confidence and fiscal sustainability by reducing the general government deficit to 3.5 percent of GDP in 2011 and 2.5 percent in 2012 and setting public debt firmly on a downward path below 35 percent by 2015;
- Initiate reforms to modernize the gas sector and eliminate Naftogaz's deficit starting from 2011, including through gas tariff increases and a price mechanism that depoliticizes price setting of public utilities. A new gas law adopted in early July will improve efficiency through unbundling production, transit, and distribution to end-users, and allowing new entrants and investment into the domestic gas sector;
- Restore and safeguard banks' soundness through completion of recapitalization plans by end-2010 and strengthened supervision, and;
- Develop a more robust monetary policy framework focused on domestic price stability under a flexible exchange rate regime to be implemented by a more independent National Bank of Ukraine.

IWF-Vizedirektor John Lipsky

Ukraine is emerging from a difficult period during which the economy was severely hit by external shocks and exacerbated by domestic vulnerabilities. The authorities are committed to addressing existing imbalances and putting the economy on a path of durable growth, through important fiscal, energy, and financial sector reforms.

At the core of the authorities' economic program is a comprehensive consolidation strategy to safeguard fiscal sustainability. Fiscal adjustment will start in 2010 and deepen in 2011–12 backed by robust structural reforms of the pension system, public administration, and the tax system. The financial position of the gas sector will be strengthened, including through domestic price hikes and broader reforms supported by other multilateral institutions, which will help eliminate energy subsidies and create a more modern and viable sector, while protecting the most vulnerable with better targeted social assistance programs.

Reforms are also underway to rehabilitate the financial system and enhance the National Bank of Ukraine's independence and accountability. The planned recapitalization of banks and steps to strengthen the supervisory and institutional framework are essential to restore financial stability, tackle the mounting problem of impaired assets, and eliminate impediments for robust economic recovery.

Sustained implementation of these reforms will help Ukraine entrench macroeconomic stability, boost confidence, facilitate access to capital markets, and emerge with more balanced and robust growth.

Quelle: IMF Executive Board Approves US\$15.15 Billion Stand-By Arrangement for Ukraine, Presseerklärung vom 28.7.2010, <http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2010/pr10305.htm>

Vom 23. Juni bis zum 14. September 2010

23.6.2010	Präsident Viktor Janukowitsch bewertet die ersten 100 Tage seiner Präsidentschaft positiv, insbesondere die innenpolitische Stabilisierung, die Installierung einer effektiven Machtvertikale und die Zusammenarbeit der verschiedenen Machtbereiche, wengleich hier noch mehr getan werden könne.
23.6.2010	Die Partei Nationale Selbstverteidigung, die mit Unsere Ukraine einen Block im Parlament bildet, schließt vier Parteimitglieder wegen ihres Wechsels zur Regierungskoalition aus der Partei aus und gibt die Auflösung der gleichnamigen Abgeordnetengruppe bekannt. Der ehemalige Minister für Katastrophenschutz David Schwanija, der ebenfalls kurz zuvor den Block verlassen hatte, verkündet die Neugründung einer Abgeordnetengruppe mit dem Namen Wahlfreiheit, zu der sich elf ehemalige Abgeordnete von der Nationalen Selbstverteidigung bekennen.
23.6.2010	Mitarbeiter des Geheimdienstes nehmen den ehemaligen Leiter der Zollverwaltung Anatolij Makarenko fest, weil er an der Aneignung großer RosUkrEnergo gehörender Gasmengen durch Naftohaz beteiligt gewesen sei, wodurch der Ukraine erheblicher Schaden entstanden sei. Julia Timoschenko, Leiterin des gleichnamigen Blocks, bezeichnet dies als politische Verfolgung.
23.6.2010	Auf der Krim kommen die Verteidigungsminister Russlands und der Ukraine, Anatolij Serdjukow und Michailo Jeshel, zusammen und reden über die militärische Kooperation zwischen ihren beiden Staaten, u. a. über die Nutzung des ukrainischen Luftwaffen-Übungsplatzes Nitka durch Russland.
24.6.2010	Die EFTA-Staaten (Schweiz, Island, Norwegen und Liechtenstein) unterzeichnen ein Freihandelsabkommen mit der Ukraine.
26.6.2010	Nico Lange, Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew, wird vom ukrainischen Geheimdienst an der Einreise in die Ukraine gehindert und auf dem Flughafen Kiew festgehalten. Erst durch Vermittlung der Bundesregierung wird er freigelassen. Später erklärt die Generalstaatsanwaltschaft, dass Lange wegen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine aufgehalten worden sei.
29.6.2010	Abgeordnete des Blocks Timoschenko blockieren die Rednertribüne im Parlament und fordern die Freilassung des ehemaligen Leiters der Zollverwaltung Anatolij Makarenko gegen Kautions sowie die Einrichtung einer Untersuchungskommission zur Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts, die zwei Tage später vom Parlament mit 238 von 450 Stimmen befürwortet wird. Das Gericht hatte Naftohaz verpflichtet 12,1 Mrd. m ³ Gas an RosUkrEnergo zurückzuzahlen. Der Erste Stellvertretende Generalstaatsanwalt Viktor Pschonka erklärt den Fall Makarenko für »geheim«.
1.7.2010	Mit 327 Stimmen spricht sich das Parlament für die Gründung eines Untersuchungsausschusses zu Zensurfragen aus.
1.7.2010	Das Parlament stimmt mit 247 Stimmen für die Abhaltung der Kommunalwahlen am 31.10.2010. Mit einer Stimme weniger wird in erster Lesung für die Durchführung der Wahlen nach einem gemischten Wahlsystem gestimmt.
1.7.2010	Die Gruppe Metinvest von Rinat Achmetow kauft das Stahlwerk in Mariupol und wird damit zum größten Stahlproduzenten in der GUS.
2.7.2010	Das Parlament spricht sich mit 378 Stimmen für die vom Block Timoschenko vorgeschlagene Absetzung des Stellvertretenden Ministerpräsidenten für Gesellschaftsfragen Wolodimir Seminoschenko aus. Mit 258 Stimmen wird Umweltminister Viktor Bojko (Block Litwin) des Amtes enthoben. Seine Absetzung wird den Parlamentariern von Ministerpräsident Mikola Asarow damit begründet, dass auf Bojko ein anderes wichtiges Amt warte. Zu seinem Nachfolger wird Mikola Slotschewskij (Partei der Regionen) gewählt.
2.7.2010	Die amerikanische Außenministerin Hillary Clinton trifft mit Präsident Viktor Janukowitsch in Kiew zusammen. Janukowitsch bekräftigt den Willen der Ukraine zur Integration in die EU und nennt das Assoziierungsabkommen, die Schaffung einer Freihandelszone und die Aufhebung der Visumpflicht als wichtigste Punkte.
6.7.2010	Das Parlament stimmt dem Vorschlag des Bildungsministers Dmitro Tabatschnik, die Schulzeit von 12 auf 11 Jahre zu verkürzen, zu. Gleichzeitig wird ein Vorschuljahr für Kinder ab fünf Jahren eingeführt. Die 12-jährige Schulzeit galt seit 2002.
8.7.2010	Das Parlament ratifiziert mit 347 Stimmen den Vertrag über die Demarkation der russisch-ukrainischen Grenze, der am 17.5.2010 von den Staatspräsidenten Dmitrij Medwedjew und Viktor Janukowitsch unterzeichnet worden war.
8.7.2010	Das Parlament lehnt einen Antrag der Opposition ab, dem zufolge es der Regierung nicht gestattet sein soll, die Schulden des staatlichen Gasversorger Naftohaz gegenüber RosUkrEnergo mit Haushaltsmitteln zu begleichen.
8.7.2010	Das Parlament befürwortet mit 245 Stimmen eine neue Fassung des Haushaltsgesetzbuches. Entsprechend den IWF-Forderungen für einen neuen Kredit wird darin die Staatsverschuldung verringert.

8.7.2010	In einer Vorentscheidung spricht sich das Parlament mit 396 Stimmen für die Verlängerung der Amtszeiten von Bürgermeistern in Dörfern und Städten von vier auf fünf Jahre aus. Auch die Amtszeiten der Abgeordneten des Parlaments der Krim sowie der lokalen Verwaltung werden auf fünf Jahre festgelegt. Kurz darauf erklärt das Verfassungsgericht die Verfassungsmäßigkeit des Vorschlags, der nun vom Parlament mit 300 Stimmen bestätigt werden muss.
9.7.2010	Fünf Abgeordnete vom Block Timoschenko und von Unsere Ukraine schließen sich der Regierungskoalition an. Diese besteht nunmehr aus 265 Parlamentariern.
10.7.2010	Der Minister für Katastrophenschutz Nestor Schufritsch wird vom Parlament entlassen. Am Vortag hatte Präsident Viktor Janukowitsch ihn zum Stellvertretenden Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates ernannt. Er ist damit der dritte Minister der Regierung Asarow, der entlassen wird.
10.7.2010	Das Parlament spricht sich mit 259 Abgeordneten für ein neues Gesetz zu den Regionalwahlen aus, obwohl laut Medienberichten nur 40 Parlamentarier anwesend sind. Das Gesetz verbietet die Teilnahme von politischen Blöcken an den Wahlen und legt die Einführung des gemischten Wahlsystems fest. Des Weiteren dürfen Kandidaten für das Bürgermeisteramt nur von politischen Parteien aufgestellt werden und es dürfen nur Parteien teilnehmen, die bereits mehr als ein Jahr registriert sind. Dieses Gesetz wird am 30.8.2010 noch einmal verändert.
12.7.2010	Das internationale Seemanöver Sea-Breeze beginnt und wird von den USA und der Ukraine nach Beendigung als erfolgreich bezeichnet.
13.7.2010	Die Nationale Energieregulierungskommission kündigt entsprechend den Vereinbarungen mit dem IWF eine Gaspreiserhöhung um 50 % zum 1.8.2010 an, was bei der Bevölkerung Unwillen hervorruft. Insbesondere die Gewerkschaftsvereinigung der Ukraine kritisiert die Preiserhöhungen.
16.7.2010	Präsident Viktor Janukowitsch ernennt Oleksij Obal zu seinem Beauftragten für die Kontrolle des Geheimdienstes. Er verändert damit die bisher geltende Regel, dass dieses Amt von einem stellvertretenden Leiter der Präsidialadministration besetzt wird. Das Amt untersteht nun dem Präsidenten, der den Beauftragten ernennt und entlässt.
17.7.2010	Die Christlich-Demokratische Union beschließt ihre Zusammenarbeit mit der Regierung und die Aufnahme von David Schwanija, dem ehemaligen Minister für Katastrophenschutz (bisher Unsere Ukraine), in die Partei.
19.7.2010	Moskaus Bürgermeister Jurij Luschkow wiederholt seine Ansicht, dass Sewastopol wieder zu Russland gehören müsse, wofür er im Mai 2008 ein Einreiseverbot in die Ukraine erhalten hatte, das erst im Juni 2010 aufgehoben worden war.
20.7.2010	Der russische Patriarch Kirill trifft zu einem neuntägigen Besuch der Ukraine in Odessa ein. Drei Tage später verleiht er Präsident Viktor Janukowitsch den Heiligen-Wladimir-Orden erster Klasse. Am letzten Tag seines umstrittenen Besuches kommt es zu einem Sprengstoffanschlag auf die Kathedrale in Saporishshja, bei dem eine Nonne ums Leben kommt. In den Tagen zuvor waren einige Demonstranten, die gegen den Besuch des Patriarchen protestiert hatten, verhaftet worden. Strittig ist vor allem sein Aufruf zur Überwindung des Schismas der orthodoxen Kirchen.
21.7.2010	Die NGO Reporter ohne Grenzen urteilt, dass es in der Ukraine schwierig sei, staatliche Stellen zu kritisieren, dass Medieninhaber und staatliche Autoritäten zu eng miteinander verbunden seien und es insgesamt schlecht um die Medienfreiheit bestellt sei.
21.7.2010	Außenminister Konstantin Hrischtschenko und sein israelischer Amtskollege Avigdor Lieberman unterschreiben die Aufhebung des Visaregimes zwischen den beiden Ländern, die nun innerhalb von drei Monaten von den Parlamenten ratifiziert werden muss.
23.7.2010	Das Parlament hebt einen Beschluss vom 1.3.2010 (noch von der Regierung Timoschenko) auf, nachdem das Gaspreisniveau von 2009 auch für 2010 gelten muss.
23.7.2010	Der ukrainische Menschenrechtler Wasil Owsienko wird in Brjansk (Russland) aus einem Zug geholt und als unerwünschter Gast in die Ukraine zurückgebracht.
24.7.2010	Wirtschaftsminister Wasil Zuschko wird zum neuen Vorsitzenden der Sozialistischen Partei gewählt und löst damit den seit Gründung der Partei 1991 amtierenden Oleksandr Moros ab.
24.7.2010	Präsident Viktor Janukowitsch trifft sich mit dem russischen Ministerpräsidenten Wladimir Putin auf der Krim, um mit ihm über die zukünftige Zusammenarbeit vor allem im Energiebereich zu sprechen.
26.7.2010	Die Regierung beschließt den Posten des am 2.7.2010 entlassenen Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wolodimir Seminoschko nicht neu zu besetzen, sondern dessen Aufgaben unter den Stellvertretenden Ministerpräsidenten und der Regierung aufzuteilen.

27.7.2010	Die Partei Vaterland klagt beim Kiewer Kreisverwaltungsgericht gegen die Entscheidung der Energieregulierungskommission, nach der sich der Gaspreis für die Bürger um 50 % erhöhen wird. Einige große Gewerkschaften haben ebenfalls Klage eingereicht.
28.7.2010	Der IWF beschließt ein neues Kreditprogramm für die Ukraine und nach fast neunmonatiger Unterbrechung wird die finanzielle Zusammenarbeit wieder aufgenommen. An die Kreditvergabe in Höhe von 15,2 Mrd. US-Dollar sind verschiedene Bedingungen geknüpft: insbesondere die Haushaltskonsolidierung und die Anhebung der Energiepreise (s. S. 8).
30.7.2010	Die Energieregulierungskommission erhöht den Gaspreis für Unternehmen um 9,8 %.
3.8.2010	Der Madschlis (Parlament) der Krimtataren, unter Vorsitz von Mustafa Dschemilew, weigert sich, an einem Treffen des Präsidenten Viktor Janukowitsch mit Vertretern der Krimtataren im Zuge einer Konferenz zur strategischen Entwicklung der Autonomen Republik Krim teilzunehmen.
4.8.2010	Der Vorsitzende der Partei Selbstverteidigung des Volkes Jurij Luzenko erklärt, dass seine Partei eine gemeinsame Liste mit Julia Timoschenkos Partei Vaterland für die Kommunalwahlen am 31.10.2010 aufstellen werde.
9.8.2010	In einem Memorandum der ukrainischen Regierung und des IWF wird die Angleichung des Renteneintrittsalters der Frauen an das der Männer (von 55 auf 60 Jahre) in halbjährlichen Schritten ab 2010 anvisiert.
9.8.2010	Im Vorfeld der Kommunalwahlen sind seit Ende Juli 2010 vier Bürgermeister aus der Region Dnipropetrowsk der Partei der Regionen beigetreten.
11.8.2010	Der Chefredakteur der Zeitung Novy Stil Wassilij Klimentjew verschwindet. Bekannte und Kollegen vermuten sein Engagement bei der Aufdeckung von Korruptionfällen sei der Grund dafür.
14.8.2010	Die drei Fernsehsender 5. Kanal, TVi und die TRK Tschernomorskaja streiken. Sie zeigen eine Stunde lang den Hinweis: Warnstreik dreier Fernsehsender zur Verteidigung der Meinungsfreiheit in der Ukraine.
19.8.2010	Ein Kiewer Gericht bestätigt die Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts, das Naftohaz verpflichtet hatte, dem Gaszwischenhändler RosUkrEnergo 12,1 Mrd. m ³ Gas zurückzuzahlen.
24.8.2010	In seiner Rede anlässlich des Tages der Unabhängigkeit betont Präsident Viktor Janukowitsch das Streben der Regierung nach wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Ukraine. Auch die Entwicklung starker, unabhängiger Medien sowie die Annäherung an die EU wolle er unterstützen.
26.8.2010	Der ehemalige geschäftsführende Verteidigungsminister Walerij Iwaschtschenko wird wegen unrechtmäßigen Verkaufs von Teilen eines Schiffswerkes in Feodosija festgenommen. Drei weitere hohe Beamte aus der Regierungszeit Julia Timoschenkos sitzen bereits in Haft und der ehemalige Wirtschaftsminister Bohdan Danilischin wurde zur Fahndung ausgeschrieben (ab Ende August auch über Interpol).
27.8.2010	Gazpromchef Alexej Miller trifft sich mit Energieminister Jurij Bojko und bietet der Ukraine innerrussische Gaspreise an. Im Gegenzug müsse die Ukraine einer Fusion von Gazprom mit Naftohaz zustimmen.
30.8.2010	Das Parlament bestätigt mit 264 Stimmen die von der Partei der Regionen vorgeschlagenen Änderungen am Kommunalwahlgesetz. Parteien müssen nun nicht mehr eine einjährige Registrierung vorweisen, um an den Wahlen teilnehmen zu dürfen. Die Anzahl der Mitglieder der Wahlkommissionen wird auf 18 erhöht, wobei jede Partei sich für diese Posten bewerben kann, nicht nur die im Landesparlament vertretenen.
30.8.2010	Präsident Viktor Janukowitsch besucht Deutschland und trifft sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Gesprächsthemen sind die bevorstehenden Investitionen der deutschen Wirtschaft in die Ukraine, insbesondere in das Gas-transportsystem, sowie die Meinungsfreiheit. Janukowitsch erklärt, dass er demnächst ein Assoziierungsabkommen mit der EU erwarte .
31.8.2010	Das Kiewer Berufungsverwaltungsgericht entzieht den Sendern TVi und 5. Kanal die im Januar 2010 an sie vergebenen Sendefrequenzen. Die Sender verstehen dies als Einführung der Zensur und wollen sich nun an höhere Instanzen wenden. TVi kann weiterhin über Kabel und Satellit empfangen werden, der 5. Kanal verfügt über anderweitige Sendefrequenzen.
2.9.2010	Präsident Viktor Janukowitsch trifft zu einem viertägigen Besuch in China ein. Bei einem Treffen mit seinem Amtskollegen Hu Jintao befürworten beide eine Intensivierung der Beziehungen und eine Steigerung des Handelsvolumens. Janukowitsch reist weiter nach Hongkong und vereinbart dort Visafreiheit ab November 2010.
2.9.2010	Der Stellvertretende Vorsitzende der Partei Vaterland Oleksandr Turtschinow beschuldigt die Führung des Landes und den Leiter der Präsidialadministration Serhij Ljowotschkin persönlich, die Beteiligung seiner Partei an den bevorstehenden Kommunalwahlen zu behindern.
3.9.2010	Die Regierung stellt die neuen Normen für das überarbeitete Steuergesetzbuch vor. Beabsichtigt ist eine Steuer-senkung ab 2011 und eine automatische Erstattung der Umsatzsteuer. Insbesondere der Block Timoschenko und die Kommunisten kritisieren den Entwurf.

6.9.2010	Der Block Timoschenko schließt drei Mitglieder aus der Fraktion aus, da diese mit der Partei der Regionen gemeinsam daran arbeiten würden, die Teilnahme der Fraktionspartei Vaterland an den Kommunalwahlen zu behindern. Außerdem nennt sich die Fraktion von nun an Block Timoschenko-Vaterland.
7.9.2010	Am ersten Tag der neuen Sitzungsperiode des Parlaments versammeln sich vor dem Parlament einerseits die Anhänger der Partei der Regionen und andererseits der Parteien Vaterland und Freiheit. Letztere hatten ihre Demonstration gegen die Erhöhung der Tarife für kommunale Dienstleistungen und die Anhebung des Pensionsalters lange im Vorhinein angekündigt. Im Parlament versucht der Block Timoschenko die Rednertribüne zu besetzen und es kommt zu Handgreiflichkeiten. Außer den Demonstrationszielen fordert der Block die Absetzung des Bildungsministers Dmitro Tabatschnik und des Geheimdienstchefs Valerij Choroschkowskij. An den folgenden Tagen fahren sie mit der Besetzung fort.
7.9.2010	Julia Timoschenko, Vorsitzende der Partei Vaterland, erklärt bei einem Treffen mit Diplomaten, dass ihre Partei systematisch bei der Vorbereitung auf die bevorstehenden Kommunalwahlen behindert werde. Es sei nicht ausgeschlossen, dass in einigen Wahlkreisen die Teilnahme ganz abgesagt werden müsse.
9.9.2010	Nachdem das Landesparlament dem Kiewer Stadtparlament am 7.9.2010 das Recht eingeräumt hat, selbst über die Abschaffung/Einrichtung von Bezirksparlamenten in der Hauptstadt zu entscheiden, stimmt dieses für die Auflösung.
10.9.2010	Drei Verfassungsrichter reichen ihr Rücktrittsgesuch ein. Keiner von ihnen hatte für die umstrittene neue Regelung gestimmt, nach der auch einzelne Abgeordnete sich einer Koalition anschließen können, woraufhin die Regierungskoalition stark anwuchs. Die Opposition sieht im Austausch der Richter einen Schritt zur Rücknahme der Verfassungsreform von 2004, die derzeit am Gericht diskutiert wird.
11.9.2010	Der Wahlkampf zu den Kommunalwahlen am 31.10.2010 beginnt.
11.9.2010	Das Parteipräsidium von Unsere Ukraine tritt aufgrund des erfolglos geführten Präsidentschaftswahlkampfes für den Parteivorsitzenden Viktor Juschtschenko geschlossen zurück. Valentin Naliwajtschenko, der ehemalige Geheimdienstchef, wird in die Partei aufgenommen.
13.9.2010	Präsident Viktor Janukowitsch trifft sich in Brüssel mit dem Präsidenten der Europäischen Union, Hermann Van Rompuy und mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso. Janukowitsch betont, dass die Frage des Abschlusses des Assoziierungsabkommens von höchster Priorität ist und verspricht der EU störungsfreie Gaslieferungen aus Russland.
13.9.2010	Der seit 1997 amtierende Wolodimir Stretowitsch gibt den Vorsitz in der Christlich-Demokratischen Union ab. Von nun an soll die Partei von einem 15-köpfigen Gremium geführt werden.
14.9.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft kommt zu dem Schluss, dass der ehemalige Innenminister Jurij Krawtschenko dem ehemaligen Leiter der Abteilung der Kriminalpolizei beim Innenministerium Oleksij Pukatsch den Auftrag zum Mord an dem Journalisten Heorhij Gongadse im Jahr 2000 erteilt hat. Krawtschenko selbst wurde 2005 ermordet, kurz bevor er vor Gericht zu dem Mord aussagen sollte.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

SPONSOR

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de